

DIE NEUE FRONT

ZEITUNG DER UNABHÄNGIGEN

REDAKTION UND ADMINISTRATION IN SALZBURG, HELLBRUNNER ALLEE 53 • POSTSPARKASSENKONTO WIEN 185.543

Der
künftige
Lohnzettel
Konkrete Einzelheiten
über das
Lohn-Preisabkommen
(Seiten 6 und 8)

1. Jahrgang, Nr. 12

Freitag, den 13. Mai 1949

Erscheint wöchentlich

ZUR LAGE:

Defizit

Es ist wie im Märchen; drei Wünsche waren zu stellen und ehe man sich's versah, waren diese mit Halbheiten vertan. Nun bleibt uns erst wieder nichts anderes übrig, als mit schweren Opfern — nicht des Staates — sondern des Volkes sich aus dem Dilemma herauszuarbeiten. Das Dritte Lohn-Preisabkommen wird neuerdings unsere Wirtschaft belasten. 2.2 Milliarden Schilling Defizit haben wir. Und nun soll durch das neue Abkommen ein weiteres Ansteigen des Fehlbetrages vermieden werden. Wir geben zu, daß man aus subventionierten Preisen einmal echte Preise machen mußte; aber der Staat will ja diese Subventionsgelder nicht einsparen, sondern „anders“ (für seine Bürokratie) verbrauchen. Aber wir müssen auf der anderen Seite feststellen, daß der Staat die vielen Vorschläge zur Verringerung seines Defizites nicht im geringsten berücksichtigt hat. Der aufgeblasene Verwaltungsapparat wurde nicht um einen Beamten verringert. — Die Wirtschaft ist dagegen, die Arbeiterschaft ist empört und wer ist eigentlich dafür? Der Staat; und wer ist dieser Staat? Die Führer der beiden Koalitionsparteien, die nicht hören wollen. Im Wahljahr werden sie es tun müssen.

Das Abkommen ist natürlich Wasser auf die Mühlen der Kommunisten — wobei sie verschmähen den Einfluß der USA auf die Steuererlöse und den Anteil der Sowjets an den Besatzungskosten verschweigen.

Und noch ein Defizit: Bei den Betriebsratswahlen der „Vacuum Oil Company“ in Wien erhielten die Kommunisten 56 gegenüber 95 und 76 Stimmen im Vorjahr. Bezeichnend dabei ist, daß die Kommunisten nur 56 Stimmen erhielten, im Betrieb aber dabei eine Zelle mit 70 eingeschriebenen KP-Mitgliedern besteht.

Die Sozialisten Kores und Eibegger haben im Parlament einen neuen Vorschlag zum Amnestiegesetzentwurf eingebracht. Dieser fordert die völlige Streichung aller Unrechtsfolgen wegen Illegalität, da man gegen ein illegales System (Dollfuß-Schuschnigg) nicht illegal sein kann und auch auf dem Umweg über die Volksgerichte keine Legalisierung des Schuschnigg-Regimes erfolgen darf, wie es die ÖVP-Abgeordneten mit ihrer Mehrheit in den Ausschüssen versucht und seinerzeit auch durchgesetzt haben.

England fordert Wahl-freiheit in Oesterreich

Der Unterstaatssekretär im Londoner Außenamt, Mayhew, erklärte auf eine Anfrage im Unterhaus, die englische Regierung, in deren Namen er spreche, wünsche schon lange, dem österreichischen Volk die Möglichkeit zur Bildung neuer politischer Parteien zu geben. Es sei allerdings noch nicht möglich gewesen, die Einstimmigkeit aller vier Besatzungsmächte zu erzielen.

Abgeordneter E. A. Shackleton stellte die Anfrage, ob die britische Regierung dieses Problem im Kontrollrat besprechen und darauf hinweisen werde, daß eine ablehnende Haltung gegenüber der vollen Wahlfreiheit in Österreich mit den demokratischen Prinzipien der westlichen Demokratien nicht in Einklang zu bringen wäre.

Unterstaatssekretär Mayhew antwortete, daß die Regierung mit der französischen und amerikanischen Regierung hierüber verhandelt habe.

APA berichtet von einem amerikanischen und französischen Widerstand, während Wiener Blättermeldungen demgegenüber besagen, das amerikanische und französische Element hätten auf Befragen den Pressekorrespondenten versichert, daß sie die politische Willensbildung im Rahmen der gesetzlichen Schranken nicht behindern wollten.

(Eine Erklärung von Innenminister Helmer zu dieser Frage auf Seite 2.)

Offener Brief an den „Wiener Kurier“

VON VIKTOR REIMANN

Sie schrieben vergangene Woche einen Leitartikel „Die Neonazi-Presse“, in dem Sie eine Rechtfertigung der Bevölkerung gegenüber zu geben versuchen, wegen des dreißigtägigen Verbotes der Zeitschrift „Berichte und Informationen“. Der Ton des Artikels läßt nicht darauf schließen, daß er von Washington inspiriert wurde, weshalb Sie uns sicher gestatten werden, von dem demokratischen Recht Gebrauch zu machen, uns zu verteidigen, in dem Vertrauen, daß die wirklichen Instanzen der USA-Besatzung nicht ihre Machtmittel einsetzen werden, wo es sich um Rechtsgrundsätze handelt. Sie schreiben: „Die unverantwortlichen Methoden von Herausgebern, welche die Fieberträume neonazistischer Scharlatane nähren, werden weder jetzt noch in der Zukunft unbemerkt oder unbehindert bleiben.“ Sie bleiben schuldig zu erklären, welche Art von Fieberträumen dies sein soll und ebenso, wer die neonazistischen Scharlatane sind. Solche Behauptungen sind doch zu schwerwiegend, um sie in einem Organ der bedeutendsten Besatzungsmacht so ohne Begründung hinzuwurfsen. Es sind aber nur einfache Behauptungen, weil es weder Fieberträume noch neonazistische Scharlatane gibt, wenigstens nicht in den Kreisen, mit denen der Herausgeber „Berichte und Informationen“, der zugleich Vorsitzender des VdU ist, und seine Mitarbeiter in Berührung kommen.

Was Sie da schreiben, kann gar nicht von Ihnen stammen, weil Sie sich bis jetzt noch nie bemüht haben, wirkliche Informationen an Ort und Stelle einzuholen, was eigentlich zu den demokratischen Spielregeln gehört, bevor man über jemanden ein politisches Urteil fällt. Ihre Informationen bezogen Sie bis jetzt in der Hauptsache von Gegnern eines bestimmten Lagers, die uns schon aus egoistischen Gründen gram sind und bei ihnen mit dem einzigen Argument arbeiten, das amerikanische Politiker veranlassen könnte, in innenpolitische Verhältnisse einzugreifen: mit dem Argument des Neonazismus.

Was ist Neonazismus?

Nun ist fest, daß heute überhaupt kein Mensch in Österreich weiß, was Neonazismus ist. Jeder nennt einfach seinen Gegner „Neonazi“, und selbst die Mitglieder Ihrer hohen Regierung mußten sich den Vorwurf, Neonazisten zu sein, von Kommunisten gefallen lassen. Die SPÖ beispielsweise wirft der ÖVP vor, daß sie Adolf Hitler (ein größerer Nazi wird sich

doch kaum finden lassen), falls er noch lebe, sofort ein Nationalratsmandat antragen würde. Die ÖVP wiederum schwört, daß Adolf Hitler heute nur der SPÖ angehören könnte. So gehen die Vorwürfe, die bestimmt nicht sehr erfreulich sind, hin und her. Werfen Sie deshalb den beiden Großparteien Neonazismus vor? Die ÖVP hält immer wieder Versammlungen ab, zu denen sie ehemalige Nationalsozialisten einlädt, um ihnen einzureden, daß zwischen der ÖVP und den ehemaligen Nationalsozialisten eigentlich gar kein so großer

Die Träumer sind woanders

Sie selbst schreiben, daß die USA es wünschen, daß „die weniger belasteten Nazi rehabilitiert und in die Gemeinschaft des österreichischen Volkes zurückgeführt werden.“ Ist es nun besser, diese Leute immer wieder an ihre Vergangenheit zu erinnern und sie dadurch offiziell zu einer Gesinnungsgemeinschaft zu stempeln, wie es

Das österreichische Klein- und Gewerbe ist in Gefahr, zwischen den Mühlen des Großbetriebes und der Bürokratie zermalmt zu werden. Der Kleinbetrieb ist ein Stiefkind der Regierungsmaßnahmen geblieben.

Dem Stand der Klein- und Gewerbebetreibenden und Handwerker durch Förderung seiner Fachausbildung und Ausweitung seiner produktivtechnischen, kreditpolitischen und absatztechnischen Möglichkeiten wieder gesunde Lebensgrundlagen zu bieten, seine alte Geltung in Gesellschaft, Berufsvertretung und Wirtschaft wiederherzustellen, ist Ziel des VdU.

Unterschied sei. Sehen Sie darin vielleicht einen Grund zum Einschreiten?

Was aber tun wir? Wir versuchen, eine politische Mitte zu bilden, um die Interessen jener kleinen Leute durchzusetzen, die heute keinen Beschützer haben, was beispielsweise auch das neueste Lohn- und Preisabkommen beweist. Wir versuchen ferner, alle die, welche dem öffentlichen Leben abseitsstehen, wieder dafür zu gewinnen, weil es sich keine Demokratie leisten kann, daß die Hälfte ihrer Bürger passive Resistenz leistet. Wir haben unsere Statuten, die im Innenministerium aufliegen, und an deren auf der ärgste Tüfler keine neonazistische Idee zu finden vermag. Wir lassen von hervorragenden Fachleuten unser Wirtschaftsprogramm ausarbeiten. Wir haben noch keinem einzigen ehemaligen Nationalsozialisten Mandate versprochen, wie es privilegierte Parteien tun. Wir haben überhaupt noch mit keinem ehemaligen Nationalsozialisten als Nazi gesprochen, wie es in den ÖVP-Versammlungen und Konferenzen geschieht, sondern immer

die ÖVP tut, oder ist es besser, sie als gleichberechtigte Staatsbürger zu behandeln, die keine Nazi mehr sind, sondern Angestellte, Handwerker oder Arbeiter, die je nach ihrem Beruf völlig gesonderte Interessen haben? Wir sind doch nicht so unsinnig, etwas wieder aufzufrischen zu wollen, das die ganze Welt verurteilt, und wogegen sie mit den schärfsten Mitteln vorgehen würde, wenn es jemals wieder sein mußte zu erheben wagte. Nein, bei uns gibt es keine Fieberträume und keine neonazistischen Scharlatane. Die müssen Sie woanders suchen, die Träumer und die Scharlatane!

Wir retten die antikommunistische Front

Während Ihr Artikel zu sehr den Einfluß gewisser österreichischer Kreise und einiger Menschen mit noch nicht überwundenen Haßgefühlen und Ressentiments widerspiegelt, so kennen wir doch auch die Ansichten objektiver USA-Politiker, die das Ende der schwarz-roten Koalition und die Spaltung der antikommunistischen Front befürchten. Man übersieht nämlich

allzuhäufig, daß die gegenwärtige Volksvertretung ein Drittel der Bevölkerung überhaupt nicht vertritt, ganz zu schweigen von den Hunderttausenden, die sich wegen der Korruptionspolitik von der Volksvertretung, die sie ursprünglich gewählt, abgewendet haben. Die ÖVP als bürgerliche Partei hat die Interessen nahezu der Hälfte ihrer Wähler preisgegeben. Die politische Mitte ist materiell und geistig zusammengebrochen und braucht den Baumeister, der sie wieder zusammenfügt. Wir spalten deshalb nicht die antikommunistische Front, sondern wir retten sie, weil wir alles versuchen werden, die materielle Existenz des kleineren Mannes zu sichern. Wir wollen die scheinbare innenpolitische Stabilität in eine wirkliche umwandeln, die den Willen der gesamten Bevölkerung verkörpert.

Wir haben eine Aufgabe

Uns hat nicht der Ehrgeiz zur Gründung des VdU getrieben (wir hätten ihn anderswo besser befriedigen können), sondern die Erkenntnis, daß wir eine Aufgabe zu erfüllen haben. Deshalb kann man uns auch nicht mit bloßen Mandaten zufriedensetzen, weil wir sonst Verräter an allen jenen Bevölkerungskreisen würden, die ihr letztes Vertrauen auf uns gerichtet haben. Wir haben lange genug gewartet, in der Hoffnung, daß sich irgendwo Männer finden würden, denen wir restlos unsere Unterstützung hätten angedeihen lassen können. Fast als niemand den Mut fand, und ungezählte Tausende uns bestürmten, entschlossen wir uns zu diesem Schritt und nahmen den erbitterten Haß aller, die etwas auf dem Kerbholz haben, und aller derer, die sich in ihrem Ehrgeiz bedroht sehen, auf uns. Uns trägt die Hoffnung eines großen Teiles der Bevölkerung. Wir dürfen sie nicht enttäuschen. Wir wissen, daß die innenpolitischen Aufgaben, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, so gewaltig sind, daß keine der bestehenden Parteien, auch in engster Koalition, genügend fähige Leute hat, sie durchzuführen. Österreich kann es sich deshalb nicht leisten, daß zahlreiche seiner besten Kräfte grollend abseits stehen. Und sie werden es, solange man sie zwingt, Parteien zu wählen, die sie ablehnen.

Der Grund des Verbotes

Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, Sie aufzuklären, womit unsere Absicht erfüllt wäre. Es trafen viele Briefe bei uns ein, die sich nach dem Artikel erkundigten, der das Verbot der „Berichte und Informationen“ heraufbeschworen hätte. Als wir die Fragesteller unterrichteten, daß es der Artikel „Wie die Deutschen denken“ gewesen wäre, ging eine Welle der Entrüstung durch die Bevölkerung, weil dieser Artikel schon über vier Monate zurückliegt. Warum, so lautete die allgemeine Frage, kommt das Verbot erst heute? Wirkt es nicht seltsam, wenn erst vier Monate später der Beschluß gefaßt wird, sich mit rückwirkender Geltung zu empören?

Warum also?

Weil damals der VdU nicht existierte und weil man mit dem Verbot die Person seines Vorsitzenden treffen und ihn materiell schädigen wollte? Das Ziel wäre damit allerdings nicht erreicht worden. Aus jedem zugefügten Unrecht geht man bekanntlich moralisch gestärkt hervor. Was die materielle Seite betrifft, so sind die Menschen im allgemeinen edel, wenn sie die geheime Absicht anderer spüren.

(Fortsetzung aus Seite 2.)



Generalleutnant Swiridow

Der sowjetische Hochkommissar General Kuassow, hat dem Bundespräsidenten seinen Abschiedsbesuch gemacht, da er — mit einer anderen Aufgabe betraut — Österreich verläßt. An seine Stelle tritt der seinerzeitige Vorsitzende der Alliierten Kontrollkommission in Ungarn, Generalleutnant W. P. Swiridow.

Swiridow ist in Ungarn ein Begriff, er zeigte ungewöhnliche Fähigkeiten, als vor zwei Jahren der Kampf um die zweiten Nachkriegswahlen begann, die der ungarische Kommunismus mit gutem Grund zu fürchten hatte. Der letzte Ministerpräsident und Führer der Kleinlandwirtpartei in Ungarn vor der Bolschewisierung, Ferenc Nagy, dem die Flucht nach Amerika gelang, hat über Swiridow Interessantes ausgesagt.

Nagys Bericht liest sich wie ein Roman, der die Tragödie eines Landes und eines Mannes enthüllt und in dem eigentlich nur zwei Personen selbändig handelnd einander gegenüberstehen. Die eine ist er selbst, der Regierungschef und Führer der Partei, die bei den noch verhältnismäßig freien Wahlen im Jahre 1945 ganze 58 Prozent der Stimmen erringen konnte. Nagys Gegenspieler Swiridow, Vorsitzender der Kontrollkommission und

Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen in Ungarn, wird von Nagy als elegante, höfliche, lebenswürdige Persönlichkeit geschildert — man verließ den General stets mit dem Gefühl, daß nun vielleicht doch alles in Ordnung sei. Man atmete auf und — mußte doch auf den nächsten Schlag warten. Er kam in Form von Verhaftungen persönlicher Freunde und enger Mitarbeiter. Man fragte nach dem Grund und Swiridow bedauerte, er wisse von nichts, er werde alles tun, um die Sache zu klären, wahrscheinlich ein kleines Mißverständnis! Man hörte wieder nichts, oft wochenlang, während der Generalleutnant sich verbindlich nach dem Befinden des Herrn Ministerpräsidenten erkundigte und seiner Besorgnis über dessen schlechtes Aussehen Ausdruck verlieh. Immer näher rückte die Verhaftungswelle, nichts war zu erfahren außer dunklen Andeutungen über die Beteiligung an einer „Verschwörung gegen die Sowjetunion“. Der Generalsekretär der Partei, Kovacs, und viele andere waren schon verschwunden, einige hatten sich durch die Flucht dem gleichen Schicksal entzogen. Swiridow lächelte, beruhigte und erkundigte sich nach Nagys Urlaubsplänen. „Mein Nervenzustand“, schreibt der Ex-Ministerpräsident, „war mittler-

weile so unerträglich geworden, daß ich tatsächlich beschloß, einen kurzen Urlaub in der Schweiz zu nehmen. Wider Erwarten erhielt ich ohne Schwierigkeiten von Swiridow die Ausreisewilligung. Kaum in der Schweiz angelangt, wurde ich telephonisch aus Budapest benachrichtigt, daß auch gegen mich die Beschuldigung einer Verschwörung gegen die Sowjetunion erhoben worden sei.

Und nun kam die Krönung — der fünfjährige Sohn des Ministerpräsidenten war mit einer Pflegeein in Ungarn zurückgeblieben. Dieser Sohn wurde zum Tauschobjekt gegen die Rücktrittserklärung seines Vaters gemacht. Nachdem der Handel telephonisch abgeschlossen worden war, erschienen zwei kommunistische Emissäre aus Ungarn mit dem Kind an der schweizerisch-österreichischen Grenze und übergaben es dem Vater gegen Aushändigung der Rücktrittsdokumente. Was folgte, ist bekannt: der Eisenerne Vorhang fiel an der Leitha. Swiridow verließ bald darauf Ungarn, da der Friedensvertrag mit diesem Lande in Kraft getreten war.

Und jetzt kommt Swiridow nach Österreich mit dem Ruf, der ihm vorangeht, und charmanter, wie man es in Österreich bekanntlich gerne hat.



Porträt der Woche

Karl Maisel

Ein Selfmademan, würde der Engländer sagen. Als Schlosserlehrling hat er begonnen, war von 1911 bis zum Ende des ersten Weltkriegs Soldat der k. u. k. Armee, dann Mechaniker bei Siemens-Halske, bald Vertrauens- und Betriebsobmann, besuchte die Arbeiterhochschule und wurde Gewerkschaftssekretär. Von da an machte er die Karriere des Gewerkschaftlers, kam 1932 in den Wiener Gemeinderat und unter Dollfuß ins Anhaltelager Wöllersdorf; dann wieder Mechaniker, um 1937 unter Schuschnigg erneut eingesperrt zu werden; abermals bei Siemens, schon als Meister; 1939 auf zwei Jahre ins Anhaltelager Buchenwald... Wer ihn sich anschaut, staunt, daß ihn, den keineswegs rubigen Revolver, die Diktaturen so konsequent beim Kragen nahmen. Aber alle Voraussetzungen waren gegeben, daß Maisel 1945 zur Belohnung für erduldetes Leid Obmann der Metall- und Bergarbeitergewerkschaft und noch im gleichen Jahre Sozialminister der Koalitionsregierung wurde.

Der heute 59-jährige Autodidakt wirkt in seiner Erscheinung nicht als proletarischer Mann der Faust. Er ist eher elegant, so wie es der gehobene Arbeiter sonntäglich in der guten alten Zeit sein konnte; wienerisch lebenswürdig, bescheiden, mit so viel Bildung, daß auch der Professor sich gern am Tische im Fünften Kaffeehaus des Praters mit ihm in ein längeres Gespräch einließ. Wobei dahinstand, wer von den beiden, der profunde Gelehrte oder der Lebenserfahrene, der Wertvollere war. Karl Maisel, gelassen und etwas bedächtig in seinen Bewegungen, gilt in allen Lagern als aufrichtig, ja objektiv, und in der Diskussion mit Gegnern ist er kein Streithengst, sondern besitzt etwas wie angeborenen Takt. Im ministeriellen Auto sitzt er nicht, als gehöre er da nicht hinein; in seinem netten Büro im Sozialministerium in der Hauschgasse empfängt er würdig, aber unerschrocken und ganz Ohr, auch den kleinen Arbeiter, den von der Drehbank, wo er selbst gestanden. Hat sich in der älteren sozialistischen Generation so etwas wie ein Adel entwickelt, gehört er ihm an, ein Beamtenadel der Gewerkschaften.

Als Redner läßt sich Maisel am liebsten etwa im Floridsdorfer Arbeiterheim sehen. Dann wird sozialisiert, daß seine Augen leuchten. Man lauscht ihm, beglückt: „Wir haben im Jahre 1945 in sozialpolitischer Beziehung drei Teilgebiete vor uns gesehen: die Verbesserung des Arbeitsrechtes, eine den Lebensnotwendigkeiten entsprechende Anpassung der Leistungen in der Sozialversicherung, wozu ihre Erweiterung auf alle Erwerbstätigen gehört, und schließlich die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie. Heute, nach vier Jahren, kann mit Befriedigung festgestellt werden, daß trotz den wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf allen drei Teilgebieten vieles erreicht werden konnte.“

Teurer Minister Maisel! Die Arbeiter wissen, was Sie geleistet haben in einer Fülle von Gesetzen. Sie machen Sie nicht im mindesten dafür verantwortlich, wenn ihnen vom Wochenlohn ein so erklecklicher Abzug an Sozialgebühren gemacht wird. Sie fragen auch nicht danach — oder doch? — ob man es nicht etwas billiger haben könnte, wenn die Bürokratie mitamt Amtsschimmel weniger erforderte, und ob der liebe Minister nichts davon weiß, wenn in Büropaläste ezlicher Kranken- und anderer Selbstversorgungskassen zu reichliche Schillingmillionen gesteckt werden. Karl Maisel steht davor, viel zu sauber und nett, als daß man ihm persönlich zürnen könnte, wenn das Sozialisieren nun doch auch seine Schatten wirft.

„Dennoch gibt es viele Forderungen, die noch keine Erfüllung gefunden haben.“ So spricht er in seinem Arbeiterheim. „Auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes sind vornehmlich zwei Gesetze, die beschlossen werden müssen: das Arbeitszeitgesetz und das Heimarbeitergesetz.“ Kein Zweifel, daß das sozial noch einiges zu leisten ist. Dann aber kommt er auf sein Inlandsarbeiterschutzgesetz. „Es kann uns deswegen niemand der Unmenschlichkeit bezichtigen; denn es sind in Österreich noch immer mehr als 200.000 ausländische Arbeitskräfte beschäftigt.“ Entsetzlich! Welch ein Glaube an die Entwicklungsfähigkeit der österreichischen Produktion spricht aus diesen Worten, daß sie keinen Platz für diese Zahl finden könnte, wo der Krieg an Opfern ein gehöriges Mehr verschlang! Das „unmenschlich“ war der unglückseligen Erklärung seines Genossen Helmer angeheftet worden, die solche Panikflucht der beleidigten Volksdeutschen zeitigte, zum schweren Schaden der österreichischen Landwirtschaft und Industrie. Maisels Inlandsarbeiterschutzgesetz, so ursprünglich begreiflichen Wünschen es entsprechen mag, ist unsozial und unösterreichisch, weil es weiterhin jene, von ihm selbst gewiß nicht als Österreicher zweiter Güte betrachteten Siebenbürger, Sudetendeutschen usw. mit den DP's zusammen- und hinauswirft. Nein, Schutz der Arbeiter in Ehren — aber so nicht! Auch macht der Ton die Musik. Herr Minister und Sozialist!

Daß Karl Maisel auch der alte Sozialdemokrat der Ersten Republik geblieben ist, mit allen Ambitionen, hat seine Rede mit dem Neujahrswunsch darzulegen: „Das heurige Jahr bringt uns Neuwahlen und damit die Entscheidung, ob die Sozialisten als die Vertreter der arbeitenden Bevölkerungsschichten weitere vier Jahre hindurch zweite Geige spielen müssen oder ob es gelingen wird, nach den Wahlen im Oktober die erste Geige in die Hand zu bekommen und fortschrittliche Töne als bisher anzuschlagen.“ Hört, hört! Herr Minister... Sie werden nicht die Alleinvertreter der „arbeitenden Bevölkerungsschichten“ sein! Arbeiten die anderen nicht auch, die Sie nicht vertreten? Es wird sich zeigen, daß auch die Vertreter der kommenden Unabhängigen nicht faul sind und Menschen vertreten, die arbeiten, ja noch mehr und freier als bisher arbeiten wollen. Die „erste Geige“! Solch ein erstklassiger instrumentaler Virtuose ist der Sozialminister wiederum nicht, daß man ihm die Führung des Orchesters anvertraut sehen möchte. Bei aller porträtähnlichen Treue läßt sich nicht verschweigen, daß seine erste Geige doch auch einige Mißtöne von sich gibt.

Gefälschte Großaufnahme

Die Linzer kommunistische Zeitung „Neue Zeit“ bringt in ihrer Ausgabe vom 4. Mai eine Großaufnahme von der heurigen Maikundgebung der Kommunisten auf dem Hauptplatz in Linz. Nach diesem Bilde müßten mindestens 20.000 Menschen an dieser Kundgebung teilgenommen haben. Die Linzer waren von dem Bild sehr überrascht, weil an dieser Kundgebung von Linz und Urfahr zusammen nur 1300 Personen inklusive Kinder teilnahmen, wovon sich jeder Linzer überzeugen konnte.

Wie kam nun dieses Bild zustande? Zur Täuschung der auswärtigen Leserschaft, und um sich vor allem beim ZK und in Moskau ein gutes Blatt einzulegen, hat man zwei Photos zusammengelegt und die KP-Kundgebung von heuer mit der SPÖ-Kundgebung vom vorigen Jahr kombiniert. Nur der vordere Teil der Aufnahme ist Original von der KP und ihrem heurigen Aufmarsch. Die Fälscher waren nur insofern vom Künstlerpech verfolgt, als der Bunker neben der Dreifaltigkeitssäule einige Tage vor dem 1. Mai 1949 abzutragen begonnen wurde und der obere Teil bereits abgetragen war. In der Aufnahme der „Neuen Zeit“ befindet sich aber auch der obere Teil des Bunkers noch in seiner ganzen Schönheit. Einen ärgeren Hereinfall photographisch belegt, dürfte die KP-Propaganda kaum erleben. So gibt es statt Lob wahrscheinlich nur Rügen von „oben“ für die so wackeren Idealisten.

Pläne mit Dobretsberger

Unter diesen Titel brachten wir in Nummer 10 unserer Ausgabe eine Meldung, nach der in letzter Zeit eine Art vorbereitendes Proponentenkomitee zusammengebracht werden sollte, das von der kommunistischen Führung erst in der kommenden Wahlperiode als der große Wahlschlager vor die Öffentlichkeit treten soll. Unter den Proponenten

nannten wir auch den Grazer ÖVP-Sekretär Stöffler, der uns nun ersucht, mitzuteilen, daß er nicht diesem Komitee angehöre.

Sicher ist, daß sich Dobretsberger mit Nationalrat Fischer in der Wohnung eines prominenten ÖVP-Führers, der ein enger Freund des Staatssekretärs Graf ist, getroffen hat. Diese Unterredung hat dann allerdings, als es Figl von Graf er-

Der Innenminister zur englischen Regierungserklärung

Innenminister Helmer erklärte einem Vertreter der APA auf Befragen: „Ich nehme den Standpunkt der englischen Regierung mit großer Genugtuung zur Kenntnis; geht doch daraus hervor, daß sie gleichfalls für die Zulassung neuer politischer Parteien in Österreich eintritt. Wenn sie jedoch meint, daß hierfür ein neuer einstimmiger Beschluß der Alliierten Rates erforderlich sei, so irrt sie.“

Nach österreichischem Recht kann die Betätigung politischer Parteien, sofern diese aus dem Boden der Verfassung stehen, von keiner Behörde verboten werden.

Ich bin vielmehr der Meinung, daß nur dann, wenn die Frage des Verhältnisses der Bildung neuer politischer Parteien vom Alliierten Rat neuerlich aufgeworfen werden sollte, dazu ein neuer einstimmiger Beschluß erforderlich wäre, der jedoch nach der Haltung der englischen Regierung in dieser Frage nicht erzielt werden kann. Im übrigen ist aber zu erwarten, daß auch die drei anderen Mächte keinen undemokratischen Standpunkt beibehalten werden.“

fuhr, riesige Aufregung verursacht, da man einen neuerlichen Skandal, wie seinerzeit bei der Zusammenkunft Figl-Fischer, befürchtete.

Berliner Telefonbuch

Als 1945 Berlin erobert wurde, erschien als Sowjetorgan die „Täg-

liche Rundschau“ und bald danach das erste Telefonbuch. Man war wohl noch etwas eitel in den Redaktionsräumen der „Täglichen Rundschau“ und hielt es für notwendig, die gesamte Redaktion namentlich anzuführen. Jeder Schriftleiter hatte übrigens, soviel Leitungen zerstört waren, seine eigene Telefonnummer. Man las da, „Chefredakteur Kirsanow; Redakteure Ruben, Schemjakin, Rosenfeld, Bloch, Eppstein, Bergelsohn, Silbermann, Cholnack, Weißpapier, Pereswetow, Scheinik; Verlagsleiter Terenin Koslenko, Idlis“. Inzwischen ist man weniger eitel geworden und das letzte Telefonbuch nennt keine Namen mehr.

Mittwoch, den 4. Mai, fand in Enns eine der üblichen ÖVP-Werbesammlungen zur Gewinnung ehemaliger Nationalsozialisten statt. Die ÖVP hat an ehemalige Nationalsozialisten von Enns und Umgebung über 100 namentliche und persönliche Einladungen ausgesprochen und für diese Veranstaltung eigens einen großen Saal gemietet. Es erschienen jedoch lediglich zwei der eingeladenen ehemaligen Nationalsozialisten und ein dritter kam uneingeladen hinzu, um sich die Sache anzusehen. Für diese drei Besucher waren jedoch vier Referenten aussersehen. Als die drei Erschienenen auf Beginn der Versammlung drängten, erklärten die ÖVP-Referenten, sie wäre doch bei so geringem Interesse sinnlos. So wurde die „große“ NS-Werbesammlung der ÖVP in Enns geschlossen, noch bevor sie eröffnet worden war.

Dr. Bartholomäus Giffrezept

„Schärf hat Kraus-Gruppe finanziert.“ Das war die schöne Überschrift der Meldung eines Blattes, das genug zu tun glaubte, die „Nachricht“ mit einem Fragezeichen zu versehen. Schärf hatte sich auf dem 3. oberösterreichischen Parteitag der ÖVP das Stücklein geleistet, so obenhin den Sozialisten nachzusagen, sie hätten die „vierte Partei“ des Dr. Kraus in Salzburg finanziert und er habe dabei auf Dr. Schärf hingedeutet. Selbst die ÖVP-Presse fand offenbar diese kleine Schöpfische Giftmischerei zu dümm und übergang sie schweigend. Dr. Herbert Kraus und der Verband der Unabhängigen hielten die Unterstellung für zu lächerlich, um daran auch nur ein Wort zu verschwenden.

Vizekanzler Dr. Schärf aber hielt es für notwendig, das Blatt zu einer Berichtigung zu nötigen — sie war überflüssig, da ohnedies auch nicht ein nur halbwegs Vernunftbegabter sie je geglaubt hätte. Dr. Kraus und der VdU hätten sich sozialistische finanziellen Interessen. Das betreffende Blatt hatte einmal nach dem Giffrezept des Dr. Bartholomäus aus dem „Barbier von Sevilla“ gehandelt. Ihle Gerichte zu verbreiten — sie werden schon herumgeredet werden, anschließend „mit dem Donner der Kanonen“, wie der Winkeladvokat in Rossinis komischer Oper singt. Geistesarmut! Aber, wie gesagt, auch zu dümm...

An den „Wiener Kurier“

(Fortsetzung von Seite 1)

Jedenfalls sind durch das Verbot sehr viele Menschen, die bis jetzt nicht zu unserem Leserkreis gehört haben, aufmerksam geworden und interessieren sich lebhaft für diese Zeitschrift, und zwar vor allem bewährte Anhänger der Demokratie, welche diese durch ein solches Vorgehen gefährdet sehen. Trotzdem, wir haben die Warnung begriffen. Wir sind keine Politiker der Ressentiments, sondern der Realität. Das eine können wir jedoch auch allen amerikanischen ÖVP-Freunden versichern: Wenn man den VdU den Wahlgang verbietet, was an sich sehr schwer sein dürfte, werden die Folgen bei den Wahlen ernste sein.

Das Ersuchen an die Besatzungsmächte

Wir ersuchen die USA-Besatzungsmacht nur um die Hälfte der Pressefreiheit, die sie der KP-Pressen als Selbstverständlichkeit gewährt. Es mutet seltsam an, daß

man sich der KP-Presse gegenüber großzügig zeigt, die Presse aber, die sich immer wieder, oft mit Lebensgefahr der verantwortlichen Redakteure, für westliche Ideale einsetzt, je nach der außenpolitischen Lage hinopfert. Solches Tun wirkt nicht ermutigend für die Bevölkerung, sich für westliche Ideale einzusetzen. Wenn Ihre Zeitung in den letzten Monaten einen so sensationellen Auflagenrückgang erzielt, so nicht allein wegen der materiellen Not der Bevölkerung, sondern auch deshalb, weil ihr Vertrauen zur Objektivität des USA-Besatzungselementes in innenpolitischen Fragen erschüttert ist. Uns erreichen jedenfalls zahlreiche Stimmen in dieser Hinsicht.

Verzagen Sie uns diesen Brief nicht. Daß wir ihn an Sie gerichtet haben, offenbart das große Vertrauen, das wir der USA-Politik entgegenbringen. Wir wollen nichts anderes, als daß Sie uns genau so anhören wie unsere Gegner und uns nicht ver teilen, ehe Sie uns kennengelernt haben.